Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

für den Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit

*Thüringischer
Landkreistag*

*Gemeinde- und
Städtebund Thüringen*

Empfehlung zur Gewährung von einmaligen Beihilfen oder Zuschüssen für in Pflegefamilien oder Heimen lebende Kinder, Jugendliche und junge Volljährige gemäß § 39 SGB VIII

vom 1. Januar 2011

Die vorliegende Empfehlung bezweckt die Vereinheitlichung der Gewährung von einmaligen Beihilfen oder Zuschüssen nach § 39 SGB VIII durch die Jugendämter in Thüringen, um die Gleichbehandlung der in Pflegefamilien oder in Heimeinrichtungen lebenden Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zu unterstützen. Dabei erfolgt eine Beschränkung auf einmalige Leistungen, die alle Jugendämter in Thüringen unabhängig von der Art der stationären Hilfe gewähren. Die Gewährung von weiteren Beihilfen oder Zuschüssen wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Die Empfehlung ersetzt die 1996 herausgegebenen „Richtlinien zur Gewährung von Annex-Leistungen nach dem SGB VIII“ (Annex-Richtlinien).

1. Voraussetzungen:

Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse können für Kinder und Jugendliche gewährt werden, deren Personensorgeberechtigten Hilfe zur Erziehung gemäß §§ 33*, 34, 35 SGB VIII in Anspruch nehmen oder die Eingliederungshilfe gemäß § 35a Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB VIII bekommen, sowie für junge Volljährige, die Leistungen gemäß § 41 SGB VIII i. V. m. §§ 33*, 34, 35, 35a Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB VIII erhalten.

Während der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf durch laufende Leistungen gedeckt wird, beziehen sich einmalige Beihilfen oder Zuschüsse auf einen in den vereinbarten Einrichtungsentgelten bzw. den monatlichen Pauschalbeträgen bei Vollzeitpflege nicht berücksichtigten Sonderbedarf. Sie bilden gegenüber den laufenden Leistungen die Ausnahme.

Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse sind rechtzeitig, in der Regel 14 Tage vor dem Maßnahmebeginn oder der beabsichtigten Anschaffung zu beantragen. Die Ausnahme bilden Leistungen für Bekleidung und Schuhe sowie zu Geburtstagen und Weihnachten, die unabhängig von einem Antrag gewährt werden. Die Gewährung dieser Leistungen steht im pflichtgemäßen Ermessen des Jugendamtes. Ein Rechtsanspruch auf eine einmalige Beihilfe oder einen Zuschuss besteht nicht.

2. Art und Umfang:

2.1 Ferienmaßnahmen:

Ferienfahrten mit einer Mindestdauer von 5 Tagen können bezuschusst werden. Der Höchstbetrag pro Jahr soll 140,- € nicht überschreiten.

Erläuterung:

In den Einrichtungsentgelten sollen Ferienmaßnahmen nicht berücksichtigt werden. Ferienmaßnahmen werden nur unter dieser Voraussetzung bezuschusst. Die Ferien- bzw. Urlaubsreise soll mit einem Ortswechsel verbunden sein. Sie soll nicht nur Ausflugscharakter besitzen, sondern mit einem gewissen Erinnerungswert verbunden sein.

Die Höhe des Zuschusses (140 €) wurde anhand der Sozialhilferrichtlinien ermittelt (siehe Anlage).

In den auf der Grundlage des Thüringer Rahmenvertrages gemäß § 78f SGB VIII vereinbarten Leistungsentgelten für stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe sind folgende finanzielle Leistungen für Leistungsberechtigte bereits enthalten:

- Lebensmittelaufwand pro Tag
(Ø- Wert in Thüringen zwischen 5,00 € - 8,00 € pro Tag, je nach Leistung pro Leistungsberechtigtem)
- Betreuungskosten pro Tag
(Ø- Wert in Thüringen bis zu 1,80 € pro Tag pro Leistungsberechtigtem)

Diese Bestandteile der Leistungsentgelte, die außer dem Zuschuss dem Leistungsberechtigten pro Ferientag zur Verfügung stehen, sind zu berücksichtigen.

(Die Erläuterungen zur Zusammensetzung des Regelsatzes können entnommen werden aus der Zeitschrift für das Fürsorgewesen Nr. 7/2009 S. 145 – 153).

2.2 Klassenfahrten:

Als Klassenfahrten werden auch klassenübergreifende Schulfahrten und Fahrten in ein Schullandheim berücksichtigt. In der Regel werden $\frac{2}{3}$ der tatsächlichen Kosten gewährt.

Ausnahme:

Bei Auslands-, Sprach- oder anderen kostenintensiven Reisen wird abweichend eine Einzelfallentscheidung getroffen. Diese Entscheidung erfolgt abhängig von der Hilfeplanerfüllung.

2.3 Lernmittel:

Das Jugendamt übernimmt außer bei Vollzeitpflege die notwendigen Kosten für Lernmittel, soweit diese Aufwendungen nicht

- durch die Lernmittelfreiheit gemäß der Thüringer Lehr- und Lernmittelverordnung – ThürLLVO - vom 01.03.2004, geändert durch VO vom 18.06.2009 kostenlos bereitgestellt werden,
- mit dem Entgelt abgegolten sind.

Gemäß dieser Verordnung werden den Schülern der staatlichen Schulen sowie der Schulen in freier Trägerschaft die an der besuchten Schule eingeführten Lernmittel (Schulbücher und Lernmaterial) vom Land unentgeltlich zum Gebrauch überlassen. Zum Lernmaterial gehören Lernmittel, die von den Schülern im Unterricht als Verbrauchs- und Übungsmaterial verwendet werden.

Materialien mit geringerem Wert und solche, die auch außerhalb des Unterrichts gebräuchlich sind, sowie Materialien, die die Schüler für eigene Zwecke verarbeiten, sind von der Lernmittelfreiheit ausgenommen und werden von den Schulen nicht kostenlos zur Verfügung gestellt.

Soweit im Einzelfall für den Unterricht notwendige und kostenintensive Lernmittel (z. B. ein spezielles Fachbuch, Zeichenplatte und Gerätschaften, hochwertige Taschenrechner) erforderlich sind, soll eine Gesamtkostenübernahme erfolgen, wenn für die Einzelanschaffung mehr als 13,- € aufzuwenden sind.

Kosten der Arbeitshilfe werden generell auf Nachweis bei Vorlage der Bücherzettel übernommen.

Anlage:

Zu 2.1 - Berechnungsgrundlage für Ferienmaßnahmen:

Zusammensetzung des Regelsatzes im SGB XII bzw. der Regelleistung im SGB II ab 01.07.2009:

Die Leistungshöhe des Eckregelsatzes wird aus der Einkommens- und Verbraucherschichtprobe (EVS) abgeleitet und berücksichtigt das Ausgabeverhalten [unterteilt in 10 Abteilungen (Abt.)] der unteren 20 % der erfassten Verbrauchergruppen:

a) Regelsatz pro Haushaltsvorstand / Monat:	359,00 €	
b) Partner, wenn beide volljährig sind:	323,00 €	→ 90 % von a)
c) Kind bis zum 6. Lebensjahr:	215,00 €	→ 60 % von a)
d) Kind ab 7. Lebensjahr:	251,00 €	→ 70 % von a)
e) Kind ab 15. Lebensjahr:	287,00 €	→ 80 % von a)

Ø –Prozentsatz von b) bis e): 80%

Während der Zeit von Ferien- und Urlaubsreisen fallen in der Regel verstärkt einzelne Ausgaben aus den Gütergruppen Verkehr (Abt. EVS Code - Nr. 07), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (Abt. 09) sowie Beherbergungs- und Gaststättenleistungen (Abt. EVS Code - Nr. 11) an.

Im Einzelnen stellen sich die zu berücksichtigenden regelsatzrelevanten Einzelpositionen wie folgt dar:

- Abteilung 07 - EVS Code - Nr. 0730 902:
3,11 € pro Monat x 80 % = 2,49 € x 12 Monate = 29,86 € im Jahr
- Abteilung 09 – EVS Code - Nr. 0942 400:
2,64 € pro Monat x 80 % = 2,11 € x 12 Monate = 25,34 € im Jahr
- Abteilung 11 – EVS Code - Nr. 111:
8,58 € pro Monat x 80 % = 6,86 € x 12 Monate = 82,37 € im Jahr

Σ: 29,86 € + 25,34 € + 82,37 € = 137,57 € ~ 140 €